

Erst. tagl. Morg. 7 Uhr. Inserate
 werden bis Abends 6. Sonn-
 tag Mittags 12 Uhr angenom-
 men in der Expedition:
 Marienstraße 18.

Abonnement vierteljährl. 20 Rgr.
 bei unentgeltlicher Lieferung in
 Haus. Dagegen die Postver-
 köstlich 22 Rgr. Einzeln
 num 1 Rgr.

Dresdener Nachrichten

Tageblatt

für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Mitredacteur: Theodor Drobisch.

No. 253. Donnerstag, den 10. September 1863.

Anzeigen in dies. Blatte, das zur Zeit in 7800 Exempl.
 erscheint, finden eine erfolgreiche Verbreitung.

Dresden, den 10. September

Seiten des Stadtrathes wird der dritte Termin der Stadtanlage vom Grundwerth und nach den Miethzinsen, und zwar wie seither mit 18 Pfennigen vom Hundert des Grundwerthes und 6, bezüglich 3 Pfennigen von jedem Thaler des Miethzinses ausgeschrieben, welche Anlage in der Zeit vom 15. bis mit 22. September d. J. in der Stadtsteuereinnahme abzuentsrichten ist. Gleichzeitig aber haben die Parochianen der Neustadt und der Friedrichstadt auch eine Kirchenanlage von 6 Pfennigen vom Hundert des Grundwerthes und 2 Pfennigen von jedem Thaler Pacht- oder Miethzins; die zur Annenparochie gehörenden Einwohner aber eine solche von 3 Pf. vom Hundert des Grundwerthes und 1 Pf. von jedem Thaler Pacht- oder Miethzins abzuführen.

Bekanntlich entfloß im Jahre 1850 aus seiner Zelle im Stockhaus zu Leipzig der Advokat Dr. Wilhelm Bertling, welcher daselbst in Folge seiner Bethheiligung bei den Märzereignissen gefangen saß, und mit Hilfe des Polizeidiener Noack entkam. Noack seines früheren Handwerks ein Zimmermann, blieb in London, während Bertling nach Amerika flüchtete, wo er sich in New-York als Notar und Sachwalter niederließ. Neuerdings kam er beim sächsischen Ministerium mit einem Gesuch um straffreie Rückkehr ein und es ist ihm solche gewährt worden.

In der vorgestern abgehaltenen Versammlung der Freunde des Fortschritts in Brauns Hotel, welche vor einer ziemlich zahlreichen Zuhörerschaft Adv. Siegel mit einigen Worten einleitete, ergriff Professor Wigard das Wort, um in längerem Vortrage „den Fürstentag und den Abgeordnetentag in Frankfurt“ einer Betrachtung zu unterwerfen. Ausgehend von dem Wiener Congresse, erwähnte der Redner, daß die dem Fürstentage zu Frankfurt vorgelegte Reformacte der dritte Versuch einer Reformation der deutschen Bundesverfassung sei, indem die Reichsverfassung und das Dreikönigsbündniß denselben Zweck verfolgten hätten. Uebergehend nun zum Inhalte der Reformacte selbst, fragte der Redner zuvörderst: „Was will das Volk?“ und beantwortete diese Frage dahin: „Wir wollen 1) Einheit, eine Nation, einen Bundesstaat, 2) die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten, soweit sie sich hiermit verträgt, 3) Machtstellung nach Außen, wie sie der deutschen Intelligenz und der geographischen Lage Deutschlands entspricht; daher eine starke, kräftige Centralgewalt; 4) Gewähr der Verfassung und 5) eine Verfassung, welche dem Fortschritte Thür und Thor offen läßt.“ Einheit, fährt der Redner fort, gewähre aber das Reformproject nicht, wohl aber habe die Reichsverfassung, vom Jahre 1849 diese in musterhafter Weise gewährt. Denn nach der Reformacte sei nicht nur ein Theil Preußens von Deutschland ausgeschlossen, sondern es fehle auch jede Bestimmung über gemeinsame Münze, einheitliches Gewicht und gemeinsame Gesetzgebung. Der Redner fährt fort: „Auch wir wollen Ordnung und Sicherheit, aber sind die Tage ganz verloren gegangen, wo es sich handelte um Verfassungsbrüche von oben? Wie denn,

wenn ein Fürst sein verbrieftes fürkliches Wort nicht hält? Soll da das Volk nicht geschützt werden?“ Redner meint: Das Volk müsse Bürgschaften verlangen und zwar mindestens: 1) Verantwortlichkeit der Reichsminister, ohne welche ein Reichstaat gar nicht bestehen könne. Im Reformprojecte sei von Ministern gar keine Rede; 2) Eidesleistung der Beamten und des Militärs auf die Reichsverfassung; 3) ein unabhängiges Reichsgericht, welches weitere Grenzen haben müsse, als dasjenige des Reformprojectes; 4) eine Verfassung, welche dem Fortschritte zugänglich und entwicklungsfähig sei, was bei der gegebenen nicht der Fall sei, da das Erforderniß der Einstimmigkeit bei Verfassungsänderungen festgehalten worden sei. Der Redner schließt diesen Theil seines Vortrags ungefähr mit den Worten: „Glauben Sie, daß auf diesem Wege ein Fortschritt stattfinden werde? Ich nicht. Diese Verfassung würde eine in die Ewigkeit gehende sein, wenn nicht der Geist der Geschichte größer wäre, als die Herren dieser Welt.“ Nach einer Pause ergriff Dr. Schaffrath das Wort und sprach über „Landtagswahlen.“ Er stellte drei Fragen auf: Ob? Wie und Wen? die Freunde des Fortschritts wählen sollen. Die erste Frage beantwortet Dr. Schaffrath dahin: es sei Pflicht für jeden Staatsbürger, sein actives Wahlrecht auszuüben, selbst in Sachsen. Drei Gründe würden von Denen angeführt, welche nicht wählen wollten: 1) Die Kammern nützen Nichts, die Regierung thue doch, was sie wolle. Letzteres sei eine Unwahrheit, selbst unter der jetzigen Regierung; es könnten ihn, den Redner, nur zwingende Gründe dahin bringen, die gegenwärtige Regierung Sachsens zu loben, aber Das müsse er bekennen, daß kein einziger Beschluß der Ständeversammlung von der Regierung unausgeführt geblieben sei. Das wolle aber nicht viel sagen, da die gegenwärtigen Kammern so beschaffen seien und die Regierung in der Reaction noch überträfen, und es würde ihm, dem Redner, lieber gewesen sein, wenn einzelne Beschlüsse der Kammern nicht ausgeführt worden wären. Er verweise nur auf das Gesetz vom 4. April 1851 und auf das Vereinsgesetz. — Wahr sei es, in der jetzigen Zusammensetzung nützen die Kammern freilich nicht viel, darum müßte die Lösung der Fortschrittspartei in Sachsen sein: „Nicht andere Minister, sondern andere Kammern.“ Die Regierung würde liberaler sein, wenn die Kammern es wären. 2) Das gegenwärtige Wahlgesetz taue Nichts? Wenn dies auch wahr sei und das sogenannte reformirte Wahlgesetz von 1861 noch mehr Beschränkungen enthalte, als dasjenige von 1831, so müsse man dennoch wählen und daran denken, daß bei demselben Wahlgesetze in den vierziger Jahren tüchtige Männer gewählt worden seien. 3) Die gegenwärtigen Kammern seien verfassungswidrig. Redner versichert, diese Ueberzeugung zu ehren, weist aber darauf hin, daß passiver Widerstand, der in Nichtsthun bestehe, Nichts nütze, und ruft daher die Freunde des Fortschritts zum Kampfe auf. Es solle sich nur jeder Wählende sagen: er wähle kraft seines ihm durch das 1848er Gesetz gegebenen Wahlrechts. Die zweite Frage, wie man wählen müsse, beantwortet Redner dahin, es solle

ber. 95 1/2
 95 1/2 u. G.
 91 1/2 b. 91 1/2
 102 1/2 u. G.
 102 1/2 u. G.
 103 1/4
 96 1/4
 97
 101 1/2 u. G.
 104 1/4
 75 1/2 b. 75
 269 268
 31 1/2 30 1/2
 82 1/2
 92 1/4
 102 1/2
 90
 R. b. 193 1/4
 108 105
 102
 97 1/2 u. G.
 102
 82 u. G.
 R. b. 194
 102
 78 68
 91 90
 78 1/2
 101 1/4
 98 97 1/2
 Seestraße 20
 90 1/2
 90
 10 1/2
 99 1/2
 88 1/2
 15 Rgr
 5 Pf.
 10 Rgr
 3 Pf.
 3 Pf.
 109 1/2
 155 1/2
 187 1/2
 72 1/2
 66 1/2
 138 1/2
 183 1/2
 150 1/2
 180
 69 1/2
 66
 113
 162 1/2
 198 1/4
 101 1/2
 129
 101 1/2
 90 1/2
 Nationalan-
 Actien:
 bank 193,50
 R. L. Münz-
 Staatsanlehn
 Sept. 1863.
 oggen loco.
 l. - Spitz
 16 1/2
 12 1/2
 33 88
 Uhr an ist
 en bei
 Rächty.
 Gande